... Grußwort - von Elke Ferner, ASF-Bundesvorsitzende.

Liebe Genossinnen, liebe Freundinnen,

die nächste ASF-Bundeskonferenz steht vor der Tür: Vom 17. bis 19. Juni 2016 treffen wir uns in der Messe in Magdeburg, um miteinander zu diskutieren und die großen Linien für die kommenden 2 Jahre festzulegen. Gerade auch im Hinblick auf die Bundestagswahl 2017 wollen wir uns politisch wappnen und die frauenpolitischen Grundlagen für das Regierungsprogramm der SPD legen.

Im Mittelpunkt der ASF-Bundeskonferenz steht natürlich auch immer die Wahl des Bundesvorstands. Schon jetzt möchte ich mich ganz herzlich bei den Bundesvorstandsfrauen bedanken, die bei der Bundeskonferenz nicht mehr für den Bundesvorstand kandidieren: Katrin Behrmann (Hamburg), Eva Brackelmann (Sachsen), Evelyne Gebhardt, MdEP (Baden-Württemberg), Kerstin Mogdans (Sachsen-Anhalt), Brigitte Pleß (Mecklenburg-Vorpommern), Gabriele Stillger und Ioanna Zacharaki (beide NRW). Mein ganz besonderer Dank gilt Evelyne Gebhardt, die mir in den letzten Jahrzehnten als Stellvertretende Bundesvorsitzende immer mit Rat und Tat zur Seite gestanden hat. Seit über 30 Jahren ist Evelyne Mitglied im ASF-Bundesvorstand und seit 1992 stellvertretende Bundesvorsitzende. Evelyne ist geborene Europäerin und hat unsere Arbeit vor allem mit ihrer Expertise zur Europapolitik bereichert. Eine Antragskommission der ASF ohne Evelyne Gebhardt als Vorsitzende ist für mich nur schwer vorstellbar. Evelyne wird uns mit ihrer ausgleichenden und lösungsorientierten Art im Bundesvorstand sehr fehlen!

In der nun endenden Vorstandsperiode können wir als ASF auf einige frauenpolitische Meilensteine zurückblicken: Mit der Geschlechterquote für mehr Frauen in Führungspositionen wurde eine langjährige ASF-Forderung - wenn auch nicht in Reinform - endlich umgesetzt. Auch die nun geplanten Verbesserungen im parlamentarischen Verfahren zur Reform des Sexualstrafrechts gehen auf die Initiative der ASF zurück. Dafür meinen herzlichen Dank an alle ASF-Mitglieder und besonders die Bundesvorstandsfrauen.

Doch die Wahl eines neuen Bundesvorstands bringt immer auch neuen Wind in die Arbeit der ASF. Gerade die Kandidaturen vieler junger Frauen freuen mich und zeigen, dass wir den Generationenwechsel in der ASF gut hinbekommen werden. Wie Ihr wisst werden uns die Themen auch in den nächsten 2 Jahren nicht ausgehen. Viele unserer langjährigen Forderungen sind heute so aktuell wie damals wie etwa das Thema Lohngerechtigkeit, die unzureichende Alterssicherung von Frauen oder die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Neue Herausforderungen kommen hinzu: So wird etwa die Digitalisierung die Arbeitswelt insbesondere für

ASF-NEWSLETTER

Frauen verändern. Oder der Schutz und die Integration von Frauen und Mädchen, die in Deutschland Zuflucht suchen – hier muss die ASF ein Auge darauf haben, dass die Politik Frauen und Mädchen (dieses Mal) nicht vergisst. Auch innerparteilich haben wir noch einige dicke Bretter zu bohren, wie die Diskussion um die Doppelspitze oder die mangelnde Umsetzung von Quote und Reißverschluss zeigen. Doch ich bin mir sicher, dass der neue Bundesvorstand diese Herausforderungen mit Mut und Kampfgeist annehmen wird.
Ich freue mich darauf, viele von Euch bei der Bundeskonferenz in Magdeburg persönlich zu treffen. Bis dahin wünsche ich Euch viel Spaß beim Lesen!
Herzliche Grüße
Eure Elke

Evelyne Gebhardt

Eva Brackelmann

Katrin Behrmann

Kerstin Mogdans

Brigitte Pleß

Gabriele Stillger

Ioanna Zacharaki

Der ASF Bundesvorstand bedankt sich herzlich für Euer Engagement.

Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), Bundesvorstand
SPD – Parteivorstand / Willy-Brandt-Haus, 10963 Berlin, Wilhelmstr 141
Kontakt: asf@spd.de

ASF-NEWSLETTER

... Informationen von Evelyne Gebhardt, stellv. ASF-Bundesvorsitzende.

Liebe Frauen,

die Richtlinie zum Mutterschaftsurlaub ist mittlerweile 32 Jahre alt und sollte eigentlich, so war zumindest der Plan, selbst Nachwuchs in Form einer gründlichen Überarbeitung bekommen haben. Leider haben die Mitgliedstaaten mit ihrer gleichgeschlechtspolitischen Blockade dies erfolgreich verhindert. Auch die Richtlinie über die Elternzeit stammt aus dem Jahr 1996, wurde zwar im Jahr 2010 angepasst, doch ist der Reformbedarf auch hier unübersehbar.
Galten die Richtlinien in den 1990er Jahren noch als modern, so wurden sie von der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung innerhalb der Europäischen Union längst überholt. Deshalb hatte die Europäische Kommission erst im Sommer 2015 ihren "Fahrplan“ für die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben veröffentlicht, in der der familienbedingte Urlaub eine Schlüsselrolle einnehmen sollte. Seither herrscht leider völlige Funkstille.
Dabei hat sich die Europäische Union die Gleichstellung der Geschlechter und damit verbunden die gerechte Verteilung der familiären Pflichten nicht nur auf die Fahne, sondern insbesondere in die Europäischen Verträge geschrieben.
Außerdem ist der wirtschaftliche Vorteil einer höheren Erwerbstätigkeit von Frauen nicht von der Hand zu weisen und im Hinblick auf die Strategie "Europa 2020", die eine Beschäftigungsquote der Frauen von 75% vorsieht, von allergrößter Bedeutung.
In seinem Bericht zur Umsetzung der Elternzeit haben die Abgeordneten des EP mehrheitlich festgestellt, dass die Unterschiede bei der Ausgestaltung der Elternzeit durch die einzelnen Mitgliedstaaten ganz erheblich sind. Auch wird Elternzeit je nach Geschlecht sehr unterschiedlich in Anspruch genommen. So nehmen nur ungefähr 10% der Väter mindestens einen Tag Elternzeit, während 97% der erwerbstätigen Mütter Elternzeit in Anspruch nehmen. Signifikanter können Unterschiede kaum sein.
Das Europäische Parlament hat die Europäische Kommission und die Sozialpartner jetzt aufgefordert,

- die Möglichkeit einer angemessenen Verlängerung der Mindestdauer der Elternzeit von vier auf sechs Monate zu prüfen, um endlich eine bessere Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben zu gewährleisten;
- die Rechtsvorschriften über Elternzeit gründlich zu überarbeiten und in Bezug auf Dauer, Vergütung, Übertragbarkeit und Anwendungsbereich zu erweitern;
- die Rechtsvorschriften zum Mutterschaftsurlaub neu zu überarbeiten und darin Rechtsvorschriften zum Vaterschaftsurlaub aufzunehmen;

Den vollständigen Bericht findet ihr unter:
http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A8-2016-0076&language=DE

Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), Bundesvorstand SPD – Parteivorstand / Willy-Brandt-Haus, 10963 Berlin, Wilhelmstr 141
Kontakt: asf@spd.de

ASF-NEWSLETTER

Menschenhandel gibt es in den unterschiedlichsten Formen: In der Landwirtschaft, der Lebensmittelverarbeitung, der Sexindustrie, Hausarbeit, Herstellung, Pflege, den Reinigungsdiensten und anderen Dienstleistungen, Zwangsheirat, sexuelle Ausbeutung von Kindern im Internet, illegale Adoptionen und der Handel mit menschlichen Organen. Die Opfer von Menschenhandel haben verschiedene Gesichter - und die allermeisten davon, etwa 80%, sind weiblich- und sie stammen mehrheitlich aus den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Die Institutionen der Europäischen Union haben mit der Richtlinie vom 5. April 2011 zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer einen ordentlichen Rechtsrahmen geschaffen, der die Strafverfolgung von Menschenhändlern erleichtern soll. Vor allem aber soll die Richtlinie Opfer von Menschenhandel besser schützen und die Gefährdung potenzieller Opfer verringern. Die Frist für die Umsetzung der Richtlinie lief 2013 ab. 26 Mitgliedstaaten haben der Kommission bisher die Umsetzung der Richtlinie offiziell mitgeteilt. Da Dänemark an die Richtlinie nicht gebunden ist, hat allein Deutschland bisher keine Umsetzung gemeldet.

Die Mitgliedstaaten sind nach Artikel 1 der Richtlinie dazu verpflichtet die Geschlechterperspektive bei ihren Maßnahmen im Kampf gegen den Menschenhandel zu berücksichtigen. Inwieweit diese Verpflichtungen vollständig umgesetzt wurden, geht aus den Erklärungen der Mitgliedstaaten allerdings nicht hervor. Deshalb wird eine Überprüfung durch die Europäische Kommission unnötig erschwert. Außerdem sollen die Mitgliedstaaten verlässliche Daten über den Menschenhandel liefern. Allerdings sind noch immer viele der gelieferten Daten noch immer nicht vergleichbar - und nur 24 Mitgliedstaaten konnten überhaupt geschlechterspezifisch erhobene Daten liefern.

Weiterhin sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, geeignete Maßnahmen zu treffen, um Opfer möglichst frühzeitig zu ermitteln und zu unterstützen. Tatsächlich offenbaren sich bei der Umsetzung dieser Bestimmung jedoch deutliche Lücken, die ganz eindeutig auf fehlenden politischen Willen zurückzuführen sind. Insbesondere werden weibliche Opfer unter Flüchtlingen kaum ermittelt und nur unzureichend unterstützt.

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments sind vom Stand der Umsetzungen einer solch wichtigen Richtlinie, enttäuscht. Die Mitgliedstaaten, auch Deutschland, und die Europäische Kommission sind gut beraten unseren Bericht zur Umsetzung der Richtlinie genau durchzuarbeiten und die bisherigen Versäumnisse schnellstens abzustellen. Den vollständigen Bericht findet ihr unter:

http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A8-2016-0144&language=DE

Herzlichst,
Evelyne

Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), Bundesvorstand SPD – Parteivorstand / Willy-Brandt-Haus, 10963 Berlin, Wilhelmstr 141
Kontakt: asf@spd.de

ASF-NEWSLETTER

Gastbeitrag der ASF Berlin - von Martina Hartleib.

Neuwahl des ASF Landesvorstandes

Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen hat am vergangenen Mittwoch einen neuen Landesvorstand gewählt. Eva Högl wurde mit einem Wahlergebnis von 97% als Landesvorsitzende bestätigt. Ihr zur Seite stehen die wiedergewählten Stellvertreterinnen Martina Hartleib, Barbara Scheffer und Anett Seltz. Sabine Röhrbein schied als Stellvertreterin aufgrund ihres Wohn- und Landesverbandswechsels aus. Susann Budras wurde als neue Stellvertreterin gewählt. ASF-Schriftführerin wurde Franziska Jahke. Die Landesfrauenkonferenz bedankte sich herzlich für das jahrelange frauenpolitische Engagement von Sabine Röhrbein. Die Landesfrauenkonferenz wünscht ihr für ihre weitere politische Tätigkeit viel Erfolg und Durchsetzungskraft.
Der Landesvorstand wird komplettiert durch neun Beisitzerinnen und 12 Kreisvertreterinnen. In unserer Resolution gegen sexualisierte Gewalt und Rassismus, fordern wir zu einer Reform des Sexualstrafrechts auf. Jede Form des nicht-einvernehm-

lichen Geschlechtsverkehrs muss strafbar sein. Sexuelle Belästigung soll zu einem eigenständigen Straftatbestand werden.
Zudem fordert die ASF, dass der Gewaltschutz in Flüchtlingsunterkünften verbessert wird. Dazu soll in Deutschland die EU-Aufnahmerichtlinie umgesetzt werden. Diese sieht u.a. vor, Maßnahmen zu errichten, die geschlechtsspezifische Gewalt, sexuelle Belästigungen und Übergriffe verhindern. Dazu gehörten beispielsweise bauliche Maßnahmen wie getrennte sanitäre Anlagen und Schutzräume für besonders gefährdete Personengruppen, aber auch die Benennung von Ansprechpersonen.

Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), Bundesvorstand
SPD – Parteivorstand / Willy-Brandt-Haus, 10963 Berlin, Wilhelmstr 141
Kontakt: asf@spd.de

ASF-NEWSLETTER

... Neues aus den Landesverbänden - heute Sachsen, von Margrit Zauner:

ASF fordert eine sächsische SPD-Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) in der SPD Sachsen hat am 28.Mai in Dresden einen neuen Landesvorstand gewählt. Die Landtagsabgeordnete Iris Raether-Lordieck (55) aus Limbach-Oberfrohna wurde mit 95% als neue Vorsitzende gewählt. Dem neuen Landesvorstand gehören außerdem Julia Bombien und Laura Lisa Stellbrink (beide Chemnitz), Karin Luttmann (Dresden), Gerhild Kreutziger und Karin Mohr (Görlitz), Ildiko Jakisch und Katharina Kleinschmidt (beide Leipzig), Birgit Kilian sowie Marie-Luise Apostel aus dem Erzgebirgskreis an.

Der neue Landesvorstand, der nach dem Motto der neuen Vorsitzenden wie ein Orchester arbeiten soll, denn "nur gemeinsam klingt es gut" vereinigt Frauen verschiedener Generationen und Regionen bei der Arbeit für das gemeinsame Ziel.
Die Sprecherin des Frauenpolitischen Rates Brandenburg und Beisitzerin im ASF-Bundesvorstand Ulrike Häfner betonte in ihrem Grußwort, wie wichtig es ist, die Erfahrungen der Frauen im Osten in der bundesdeutschen Politik besser zu nutzen.
Der dazu diskutierte und verabschiedete Antrag macht gut deutlich wie die Frauen im Osten ticken, was auch in der wertschätzenden, sachorientierten Diskussion auf der ganzen Konferenz deutlich wurde. Eine wichtige Forderung war die nach einer sächsischen Spitzenkandidatin für die nächste Bundestagswahl. „Künftig wollen wir bei jeder Bundestagswahl die Spitzenkandidatur alternierend von einer Frau und einem Mann besetzen lassen“, erklärt Raether-Lordieck, die auch gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion ist. Nächstes Jahr sei der erste Listenplatz mit einer Frau zu besetzen, um ein echtes Zeichen der Gleichstellung zu setzen - und die weiblichen Bundestagsabgeordneten aus Sachsen waren mit Simone Raatz und Susann Rüthrich auch vor Ort, um bei der Konferenz mitzudiskutieren.

Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), Bundesvorstand
SPD – Parteivorstand / Willy-Brandt-Haus, 10963 Berlin, Wilhelmstr 141
Kontakt: asf@spd.de

Die Konferenz wurde durch Heidi Becherer, DGB-Frau und aktiv im Landesfrauenrat, Dorothee Marth und Margrit Zauner vom ASF-Bundesvorstand geleitet. Die ASF im Osten arbeitet seit 1990 auch über die Ländergrenzen gut zusammen, wie Margrit Zauner in ihrem Grußwort betonte. Wir haben wichtige Schritte gemeinsam bewegen können, auch wenn immer noch viel zu tun ist. Die Wahlkonferenz wurde umrahmt von den Feierlichkeiten zum 25-jährigen Bestehen der ASF in Sachsen. Vielfältige Aspekte der Gleichstellungspolitik kamen im Austausch mit der Gastrednerin, der sächsischen Gleichstellungsministerin Petra Köpping, zur Sprache. Die Vollversammlung forderte eine umfassende Professionalisierung kommunaler Gleichstellungsarbeit und drückte ihre Solidarität mit den Protestierenden gegen den „Schweigemarsch“ am 6. Juni in Annaberg-Buchholz aus. Weitere Beschlüsse thematisierten u.a. das Stillen in der Öffentlichkeit, die Anerkennung geschlechtsspezifischer Fluchtgründe. „25 Jahre kämpft die ASF Sachsen nun schon mit und innerhalb der SPD und mit zahlreichen Verbündeten für eine gleichberechtigte Gesellschaft mit gleichen Chancen in allen Bereichen“, zieht Raether-Lordieck Fazit zur Jubiläumsversammlung. „Jetzt starten wir mit dem neuen Team, einer ganz neuen Mitwirkungskultur und vielen guten Ideen. Wir laden alle zur solidarischen Zusammenarbeit ein, die unsere Ziele teilen oder in Dialog kommen wollen.“

... Neues aus dem Bundestag - von Ulli Nissen, MdB.

Mehr Schutz für Frauen in Flüchtlingsunterkünften - Die Meseberger Erklärung

Am 25. Mai 2016 hat die Bundesregierung die Meseberger Erklärung zur Integration veröffentlicht. In der Erklärung heißt es, dass der Bund gemeinsam mit den Ländern schnell prüfen wird, ob bundesgesetzliche Regelungen erforderlich sind, um den Schutz von Frauen und Mädchen in Flüchtlingsunterkünften zu gewährleisten. Dieser Passus war lange umstritten. Die Union hatte sich quergestellt, aber unsere Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig und unsere SPD-Generalsekretärin Katarina Barley haben sich am Ende durchgesetzt.

Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), Bundesvorstand
SPD – Parteivorstand / Willy-Brandt-Haus, 10963 Berlin, Wilhelmstr 141
Kontakt: asf@spd.de

Konkret heißt es nun in der Meseberger Erklärung:
„Flüchtlinge, die in Deutschland Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen, erhalten in den Unterbringungseinrichtungen Fürsorge und Obhut. Dabei wurde und wird bei Betreuung und Unterbringung auch auf die unterschiedliche Herkunft dieser Flüchtlinge, Geschlecht, Alter und Familienstand Rücksicht genommen, soweit dies aufgrund der großen Zahl aufzunehmender Flüchtlinge möglich war und ist. Übergriffe auf Frauen, Kinder und andere Schutzbedürftige werden wir nicht akzeptieren, ganz gleich ob sie gegen Bürger unseres Landes oder gegen Flüchtlinge gerichtet sind. Deshalb hat die Bundesregierung Übergriffe auf Frauen, wie z.B. in der Silvesternacht scharf verurteilt und durch Änderung von Gesetzen schnell reagiert. Auch Übergriffen in Flüchtlingsunterkünften muss konsequent entgegengewirkt werden. Der Bund wird gemeinsam mit den Ländern zeitnah prüfen, inwieweit eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich ist, um diesen Schutz zu gewährleisten."

Wir werden auf der Bundesfrauenkonferenz mehrere Anträge zu dem Thema beraten. Meine Meinung ist eindeutig: Wir brauchen eine bundesgesetzliche Regelung, damit wir einen besseren Schutz von Frauen und Kindern in den Flüchtlingsunterkünften hinbekommen. Es geht gar nicht, dass sich Frauen und Mädchen in Flüchtlingsunterkünften Schlafräume und Sanitäreinrichtungen mit Männern teilen müssen. Ich bin überzeugt, dass die Bundesfrauenkonferenz hier ein wichtiges Signal an die Bundesregierung senden wird und wir dadurch eine Gesetzesinitiative hinbekommen.
Weitere Informationen / Meseberger Erklärung:
http://www.spdfraktion.de/system/files/documents/meseberger-erklaerung-zur-integration.pdf

Zum Integrationsgesetz:
http://www.spdfraktion.de/themen/neue-integrationsgesetz-foerdert-fordert

---

... Neues aus Europa - von Maria Noichl, MdEP.

Liebe Genossinnen,

schleichend verändert sich die Landschaft der Frauenrechtsorganisationen in Europa: Frauenrechtsorganisationen lassen sich zum Beispiel nicht mehr als solche registrieren und haben daher einen weitaus schlechteren Zugang zu Fördermitteln. Sie bestehen häufiger aus losen Netzwerken als aus organisierten Strukturen und die Menschen, die sich in ihnen engagieren bezeichnen sich selbst teilweise nicht mehr als Feministinnen. Dies sind Merkmale, die bei der Betrachtung der sich in den letzten fünf Jahren gegründeten Bewegungen für Frauenrechte in der EU, direkt ins Au-

ge springen. Was genau aber bedeutet dies für die Zukunft des Kampfs um tatsächliche Gleichstellung? Dies war eine der Fragen, die die Vorstellung einer Studie des Parlaments zu diesem Thema in der letzten Ausschusssitzung für uns aufgeworfen hatte. Die Studie habe ich euch an diese Email angehängt. Insgesamt wurde deutlich, dass viele dieser offiziellen oder inoffiziellen Organisationen mit dem Ziel Erreichtes zu verteidigen und auch als Antwort auf die sich auf Frauen besonders stark auswirkenden Sparmaßnahmen im Zuge der Finanzkrise, neu gegründet wurden. Sie lehnen sich nicht an die bereits etablierten Parteien an, distanzieren sich sogar von ihnen. Das Internet ist ihr zu Hause, die Arbeit wird meist von Freiwilligen erledigt, sie betrachten verstärkt Mehrfachdiskriminierungen und bieten manchmal auch einfach nur eine Plattform zur Dokumentation der täglichen Diskriminierung. Sie zeigen: der feministische Diskurs ist breiter, ja sichtbarer geworden. Aber auch prekärer. So sehr der Kampf für Frauenrechte schon immer vom Ehrenamt gelebt hat, so wenig dürfen wir hier die EU-Mitgliedstaaten aus ihrer Verantwortung entlassen, dieses Engagement auch finanziell weiterhin zu unterstützen und dadurch die Möglichkeiten zu bieten, strukturiert politische Entscheidungen zu begleiten. Darüber hinaus wurden viele weitere Themen, zum Beispiel die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (zu der die Kommission Ende des Jahres neue legislative und nicht legislative Vorschläge vorlegen will) oder wie mit Hilfe der Gemeinsamen Agrarpolitik Arbeitsplätze (v.a. für Frauen) im ländlichen Raum geschaffen werden können, besprochen. In diesem Bericht möchte ich aber v.a. über eine Abstimmung in der letzten Woche und eine Veranstaltung zu Ende dieser Woche berichten. Zunächst zur Abstimmung:

Keine Unterstützung der ChristdemokratInnen für die Belange der Frauen

In der letzten Woche, in der Abstimmungen in Brüssel stattfanden, wurde auch ein Bericht der belgischen Sozialdemokratin Maria Arena, mit dem Titel „Armut: eine geschlechtsspezifische Perspektive“, verabschiedet. Der Bericht machte vor allem auf bestehende Diskriminierungen wie den gender pay und pension gap sowie auf das hohe Armutsrisiko älterer und alleinerziehender Frauen aufmerksam. Ziel war es, Möglichkeiten auf europäischer und nationaler Ebene aufzuzeigen, wie wir dieser Armut entgegenwirken und sie nachhaltig bekämpfen können. Das was uns eigentlich als ein universelles Ziel erschien, wurde dann aber kurzfristig von den Mitgliedern der christdemokratischen Fraktion abgelehnt. Auch die deutsche Gruppe der CDU/CSU hat sich zum Großteil enthalten oder gegen den gesamten Bericht gestimmt. Zudem denke ich: dies wird erst der Anfang gewesen sein. Wir erwarten aus ihren Reihen auch in Zukunft verstärkt Attacken auf die Gleichstellung der Geschlechter.

Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), Bundesvorstand
SPD – Parteivorstand / Willy-Brandt-Haus, 10963 Berlin, Wilhelmstr 141
Kontakt: asf@spd.de

ASF-NEWSLETTER

Allianz für Würde und Wahlfreiheit
Attacken von Anhängerinnen und Anhängern rechtspopulistischer Parteien mussten wir in den letzten Jahren ja bereits häufiger erdulden. Ihr ahnt worum es geht: das Recht auf Schwangerschaftsabbruch. Und genau diese Attacken und mögliche Reaktionen innerhalb des Europäischen Parlaments und darüber hinaus waren Themen einer Veranstaltung bei der ich am Donnerstag sprechen durfte. Organisationen, die in Brüssel und der EU im Bereich der reproduktiven und sexuellen Rechte arbeiten, haben sich zusammen getan, um Antworten und Strategien zu verfassen und zu koordinieren. Dabei ging es auch darum, wie Begriffe wie „Wahlfreiheit“, „Leben“ und „Würde“, die von unseren Gegnerinnen und Gegnern für ihre Argumentationen verwendet werden, von uns zurück erobert werden können. Deutlich ist geworden: die Fristenlösung, die es in Deutschland und vielen anderen EU-Mitgliedstaaten gibt, ist ein gesellschaftlicher Konsens. Hier wurde eine Mitte zwischen absolutem Verbot und kompletter Erlaubnis gefunden. Dieser Konsens hat weiterhin eine breite Mehrheit in unseren Gesellschaften hinter sich und darf auf keinen Fall weiter aufgeweicht werden. Dafür werden wir uns, in Zusammenarbeit mit der Allianz dieser Veranstaltung, auch in Zukunft einsetzen.

Falls ihr noch Interesse an anderen Themen des Ausschusses habt, sende ich euch gerne weitere Informationen zu!
Mit feministischen Grüßen

Eure Maria

... wir gratulieren:

- Malu Dreyer – alte und neue Ministerpräsidentin in Rheinland-Pfalz
- Stefanie Hubig, die neue Bildungsministerin in Rheinland-Pfalz
- Doris Ahnen bleibt Ministerin der Finanzen in Rheinland-Pfalz
- Sabine Bätzing-Lichtenthäler bleibt Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie in Rheinland-Pfalz
- Heike Raab, neue Bevollmächtigten des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und in der Europäischen Union
- Katrin Lange, neue Staatssekretärin im Innenministerium Brandenburg
- Ines Jesse ist neue Staatssekretärin im Ministerium für Infrastruktur Brandenburg
- Christiane Wirtz, neue Staatssekretärin im Bundesjustizministerium
- Simone Lange, neue Oberbürgermeisterin in Flensburg

Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), Bundesvorstand SPD – Parteivorstand / Willy-Brandt-Haus, 10963 Berlin, Wilhelmstr 141
Kontakt: asf@spd.de

ASF-NEWSLETTER

- Petra Grimm-Benne, stellvertretende Ministerpräsidentin und neue Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration in Sachsen-Anhalt
- Beate Bröcker, neue Staatssekretärin im Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration in Sachsen-Anhalt
- Susi Möbbeck, neue Staatssekretärin im Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration in Sachsen-Anhalt
- Iris Raether-Lordieck, neue ASF-Landesvorsitzende in Sachsen
- Barbara Wagner, die erneut zur ASF Vorsitzenden in Frankfurt gewählt wurde
- Ivonne Horbert, neue ASF Vorsitzende Rhein-Hunsrück
- *… und allen anderen engagierten Frauen*

...Termine und Veranstaltungen.

17.-19. Juni	ASF Bundeskonferenz in Magdeburg
04. September	Landtagswahlen Mecklenburg-Vorpommern
18. September	Wahlen Abgeordnetenhaus Berlin
25. November	Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen
18. März 2017	Equal Pay Day

... Impressionen vom Girls Day:

Copyright: SPD Bundestagsfraktion

Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), Bundesvorstand SPD – Parteivorstand / Willy-Brandt-Haus, 10963 Berlin, Wilhelmstr 141
Kontakt: asf@spd.de

ASF-NEWSLETTER

Copyright: MdB-Büro Ulli Nissen

...von Euch für uns - Leserbriefe.

Liebe Elke Ferner,
ganz herzlichen Dank für die 2. Ausgabe des Newsletters des ASF-Bundesvorstandes. Was ich besonders gut fand ist, das was Agnes dazu geschrieben hat (Zitat):
„Und wie sollen wir als Partei auch auf Bundesebene aus dem Tief wieder herauskommen? Mein Tipp: die Beschlüsse der ASF mutig umsetzen. Unsere Arbeitsgemeinschaft war der Gesamtpartei schon immer ein Stück voraus – manchmal um ein paar Jahre, bisweilen auch um Jahrzehnte (mehr als 40 Jahre beim Ehegatten-Splitting, mehr als 20 Jahre bei der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare). Der richtige Slogan ist ja schon da: die SPD muss weiblicher werden. Dann müsste es wieder klappen.“
Ich kann nur sagen, hoffentlich klappt wieder. Bei uns in Burgkunstadt hat es bisher immer noch geklappt und nach einer solchen Zeit kommen auch wieder andere Zeiten – nur Mut!
Zur Info: Ich habe 1976 die erste SPD-Frauengruppe in unserem Landkreis gegründet und im „alten Jahrhundert“ waren wir oft 40 und mehr Frauen bei Veranstaltungen der ASF zugange. Heute sind wir leider nur noch ein kläglicher Rest von 10 Frauen – alle im Ruhestand – jenseits der 70. Wir treffen uns jeden Monat einmal und jedes Mal bringen wir es fertig einen Bericht über unser Treffen in die örtliche Presse zu bringen.

Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), Bundesvorstand
SPD – Parteivorstand / Willy-Brandt-Haus, 10963 Berlin, Wilhelmstr 141
Kontakt: asf@spd.de

Aber jüngere Frauen finden den Weg zu uns leider nicht mehr – wir sind halt nur noch ein ASF-Seniorinnen-Stammtisch.
Aber immerhin, als ich angefangen habe wurde ich 1978 als einzige Frau in unser Stadtratsgremium gewählt. Im unserem kleinen Städtchen hat das was ausgelöst: über 20 Jahre war ich die einzige Frau von 20 Stadtratsmitgliedern, später waren wir 2, später 3 SPD Stadträtinnen. Da mussten die „Schwarzen“ und die „Freien“ sich gewaltig anstrengen heute sind insgesamt 8 Stadträtinnen im Gremium. Eigentlich müssten die „anderen (die Schwarzen und die Freien)“ uns dankbar sein…
Daher, meine Empfehlung an alle jüngeren SPD-Frauen, kämpft weiter, wer nicht kämpft hat schon verloren.
Mit den besten Grüßen aus Burgkunstadt
Eure
Gerlinde Konrad

P.S:
Übrigens von unseren 2 „Amtierenden“ ist die eine auch Kreisrätin (Ulrike Koch) und die andere 2. Bürgermeisterin (Sabine Heppner) und uns (ASF-Seniorinnen) natürlich sehr verbunden, aber zum Mitarbeiten reicht es nicht, beide sind neben ihren anstrengenden Ehrenamtlichen Posten VOLL berufstätig und haben beide Familie…

… Zum Schluss noch mehr Informationenen für Euch - unsere Pressemitteilungen:

„Klagt nicht, organisiert Euch!“ - Elke Ferner, Karin Junker und Inge Wettig-Danielmeier zum Tod von Elfriede Eilers
http://www.asf.de/aktuelle_themen/klagt-nicht-organisiert-euch----elke-ferner-karin-junker-und-inge-wettig-danielmeier-zum-tod-von-elfriede-eilers1

SPD-Frauen fordern von CDU und CSU Ende der Blockade beim Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit
http://www.asf.de/aktuelle_themen/spd-frauen-fordern-von-cdu-und-csu-ende-der-blockade-beim-gesetz-fr-mehr-lohngerechtigkeit

Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), Bundesvorstand SPD – Parteivorstand / Willy-Brandt-Haus, 10963 Berlin, Wilhelmstr 141
Kontakt: asf@spd.de